

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 804

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2068

### **Errichtung eines Rettungshubschrauberstandortes an den Ruppiner Kliniken**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: In Brandenburg bestehen seit Jahren Probleme mit der Einhaltung der Hilfsfristen - im Landkreis Ostprignitz-Ruppin kommen fast 25 % der Menschen in Notfallsituationen nicht rechtzeitig in ein geeignetes Krankenhaus. Zur Verbesserung der rettungsdienstlichen Versorgung ist eine Unterstützung der bodengebundenen Rettungsdienste durch die Luftrettung geboten. Durch die derzeitige Verteilung der Rettungshubschrauberstandorte gibt es im Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken jedoch keine umfassende Abdeckung. Zur Gewährleistung einer flächendeckenden Luftrettung, zur Einhaltung der Hilfsfrist in der Notfallrettung sowie für eine adäquate Versorgung der Bevölkerung in Ostprignitz-Ruppin ist die Einrichtung eines Rettungshubschrauberstandortes an den Ruppiner Kliniken notwendig.

Vorbemerkung der Landesregierung: Gemäß § 6 Abs. 2 S. 1 des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes (BbgRettG) ist das Land Träger der Luftrettung. Im Land Brandenburg gibt es derzeit fünf Luftrettungsstationen an den Standorten Angermünde, Bad Saarow, Brandenburg an der Havel, Perleberg und Senftenberg. Am Standort Senftenberg ist neben einem Rettungshubschrauber (RTH) auch ein Intensivtransporthubschrauber (ITH) stationiert. Der Radius der bereits bestehenden Luftrettungsmittel deckt in der Gesamtbetrachtung das Land Brandenburg ab. Er beträgt 50 bis 80 Kilometer (§ 11 Abs. 1 Landesrettungsdienstplanverordnung). Die Luftrettung dient gemäß § 4 Absatz 3 BbgRettG als Unterstützung des bodengebundenen Rettungsdienstes bei der Notfallrettung und sorgt im Bedarfsfall für den Interhospitaltransfer mit Rettungshubschraubern und Intensivhubschraubern.

Eine Entlastung bei der Erfüllung der Hilfsfrist kann ein zusätzlicher Rettungshubschrauber nicht bewirken. Der Hubschrauber ist Notarztzubringer und nicht hilfsfristrelevant. Die Landkreise sind gem. § 8 Abs. 2 BbgRettG Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes, deshalb ist die Bodenrettung durch sie zu planen. Hinzu kommt, dass ein Hubschrauber nicht zu jeder Zeit einsetzbar ist. Er fliegt nach den gesetzlichen Bestimmungen nur am Tag und bei flugtauglichem Wetter. Deswegen kann er nur subsidiär herangezogen werden.

Frage 1: Wie viele Rettungshubschrauberstandorte gibt es im Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken? Wie viele davon sind nachts im Einsatz? Bitte jeweils getrennt auflisten.

Zu Frage 1: Da der Begriff „Einzugsgebiet“ unspezifisch ist wurde hier die Entfernung zur Klinik angegeben.

Es gibt drei Rettungshubschrauberstandorte des Landes Brandenburg in der Nähe der Ruppiner Kliniken. Sie befinden sich am Standort Angermünde (81 km), Perleberg (65 km) und Brandenburg an der Havel (57 km). In Mecklenburg-Vorpommern befindet sich der Luftrettungsstützpunkt Neustrelitz (60 km) in unmittelbarer Nähe. Am Standort Senftenberg ist ein Intensivtransporthubschrauber (ITH) stationiert.

Gemäß § 11 Absatz 1 der Landesrettungsdienstplanverordnung (LRDPV) des Landes Brandenburg sind die Rettungshubschrauber nicht zu jeder Zeit einsetzbar. Er fliegt nach den gesetzlichen Bestimmungen nur am Tag von Sonnenaufgang, frühestens 7 Uhr MEZ, bis Sonnenuntergang und bei flugtauglichem Wetter. Deswegen kann er nur subsidiär herangezogen werden. Nur der ITH kann nach § 12 Absatz 2 LRDPV auch in den Nachtstunden fliegen.

Frage 2: Wie viel Zeit benötigen die Rettungshubschrauber von den bisher eingerichteten Standorten aus, um das Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken zu erreichen? Bitte nach Standorten auflisten.

Zu Frage 2: Als „Einzugsgebiet“ wurde der Standort Ruppiner Kliniken betrachtet und die Flugzeit bis dahin angegeben. Diese Daten spielen jedoch für die Planung der Luftrettung keine Rolle, da planerisch die Abdeckung als Notarztzubringer zu den Patienten hin, um sie vor Ort zu stabilisieren, betrachtet werden muss. Geplant wird die Abdeckung über die Fläche des Landes Brandenburg. Wann ein Luftrettungsmittel von seinem Standort an einer bestimmten Klinik sein muss, wird nicht betrachtet.

<b>Luftrettungsstation</b>	<b>Flugzeit bis zu den Ruppiner Kliniken</b>
Perleberg	18 Min.
Angermünde	22 Min
Brandenburg a. d. H.	15 min
Bad Saarow	32 Min
Senftenberg ITH	45 Min
Neustrelitz	16 Min.
Berlin Steglitz	15 Min
Berlin Marzahn ITH	18 Min
Sachsen Anhalt ITH	35 Min

Frage 3: Ist für das Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken die Einrichtung eines neuen Rettungshubschrauberstandortes geplant?

Zu Frage 3: Nein, es ist keine Errichtung eines neuen Rettungshubschrauberstandortes geplant. Der Radius der bereits bestehenden Luftrettungsmittel deckt in der Gesamtbetrachtung das Land Brandenburg ab, auch das Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken.

Frage 4: In wie vielen Fällen wurden Rettungshubschrauber in den letzten fünf Jahren in Ostprignitz-Ruppin für Primär- und Sekundäreinsätze eingesetzt? Wie oft wurden Rettungshubschrauber als Dual-Use-Hubschrauber eingesetzt? Bitte tabellarisch nach Einsatzart für die einzelnen Jahre auflisten.

Zu Frage 4: Zu den konkreten Einsätzen liegen der Landesregierung keine Angaben vor.

Das sogenannte „Dual-Use-Konzept“ oder Duale-Use Hubschrauber bedeutet, dass der Hubschrauber sowohl für Notfalleinsätze (Primäreinsätze) als auch für Intensivverlegungen (Sekundäreinsätze) eingesetzt wird. Die Frage, wie oft Rettungshubschrauber als Dual-Use-Hubschrauber eingesetzt wurden, lässt sich nicht beantworten, da generell alle Rettungshubschrauber von den Leitstellen sowohl für Primäreinsätze als auch gemäß § 11 Abs. 2 LRDPV (im Bedarfsfall) für Sekundäreinsätze disponiert werden können.

Frage 5: Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten des Flugbetriebs, der medizinischen Besatzung und der Einsätze für einen Rettungshubschrauberstandort?

Zu Frage 5: Da eine Planung für einen sechsten Hubschrauberlandeplatz nicht durchgeführt wurde, liegen der Landesregierung dazu keine Daten vor. Im Übrigen sind die zu erwartenden Kosten von vielen Faktoren abhängig, wie Ausstattung und Typ des Hubschraubers, Einsatzzeit, Flugstundenaufkommen.

Frage 6: Wie wird die Erreichbarkeit von geeigneten Notfallzentren für alle Menschen in Ostprignitz-Ruppin sichergestellt? Wie viele der Einwohner von Ostprignitz-Ruppin können innerhalb einer Fahrzeit von maximal 20 Minuten eine umfassende Kranken- und Notfallversorgung erreichen?

Zu Frage 6: Die Bodenrettung ist durch die Landkreise in eigener Zuständigkeit gem. § 8 Abs. 2 BbgRettG zu planen. Dabei ist zu beachten, dass die Hilfsfrist nicht vorschreibt, in welcher Zeit der einzelne Rettungswagen am Unfallort eintreffen muss. § 8 Rettungsdienstgesetz des Landes Brandenburg (BbgRettG) bezeichnet unter der Überschrift Rettungsdienstbereichspläne eine Planungsgröße, nach der die Träger des Rettungsdienstes die Rettungswachen so zu errichten haben, dass jeder an einer öffentlichen Straße gelegene Einsatzort in 95 % der Fälle in einem Jahr innerhalb von 15 Minuten erreicht wird. Dies ist die sog. Hilfsfrist, die ausweislich ihres eindeutigen Wortlautes, keinen tatsächlichen Zielerreichungsgrad vorgibt.

Frage 7: In wie vielen Fällen konnte die vorgegebene Hilfsfrist von maximal 15 Minuten an den Rettungswachen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin seit dem Jahr 2015 durch den bodengebundenen Rettungsdienst eingehalten werden? Wie oft wurde sie überschritten? Bitte tabellarisch für die jeweiligen Rettungswachen auflisten.

Zu Frage 7: Für die Rettungswachen liegen der Landesregierung diese Daten nicht vor.

Der Landesregierung liegen keine Zahlen vor, in denen die Anzahl der Fälle bei der Einhaltung der Hilfsfrist aufgelistet sind, sondern der Zielerreichungsgrad gemäß § 8 Absatz 2 des BrbRettG in Prozent für den jeweiligen Landkreis. Gesetzlich vorgegeben ist aber die o. g. Hilfsfrist nur als Planungsgröße.

Zielerreichungsgrad der Hilfsfrist des Landkreise Ostprignitz-Ruppin in %

2015	2016	2017	2018
90,82	87,67	89,19	88,77

Frage 8: Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung zur Erweiterung der Rettungskapazitäten für die zukünftige Einhaltung der Hilfsfrist im Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken vor?

Zu Frage 8: Diese Maßnahmen fallen in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises. Die Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes sind gemäß § 6 Absatz 1 Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz (BbgRettG) die Landkreise und kreisfreien Städte. Diese haben nach § 8 BbgRettG Rettungsdienstbereichspläne zu erstellen, danach sind von den Trägern des bodengebundenen Rettungsdienstes die Rettungswachen so zu errichten, dass jeder an einer öffentlichen Straße gelegene Einsatzort in 95 Prozent aller Fälle in einem Jahr innerhalb von 15 Minuten erreicht wird.

Frage 9: In wie vielen Fällen wurde die mit weniger als 60 Minuten vorgegebene Prähospitalzeit, also das Intervall vom Eingang der Notfallmeldung bis zum Erreichen der Zielklinik, in Ostprignitz-Ruppin durch den bodengebundenen Rettungsdienst eingehalten? Bitte für die Jahre seit 2015 auflisten.

Zu Frage 9: Dazu liegen der Landesregierung keine Daten vor.

Frage 10: Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung im Hinblick auf die Gewährleistung der Einhaltung der Prähospitalzeit im Einzugsgebiet der Ruppiner Kliniken?

Zu Frage 10: Für die Einhaltung der Prähospitalzeit gibt es keine gesetzlichen Vorgaben. Diese hängt von vielen Faktoren, insbesondere auch von der Behandlungsdauer vor Ort und von dem anschließenden Transport in eine geeignete Klinik, ab.

Frage 11: Wie viele Krankenhäuser in Ostprignitz-Ruppin erreichen entsprechend der Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern gemäß § 136c Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) die Stufe der umfassenden Notfallversorgung? Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um in Ostprignitz-Ruppin flächendeckend eine umfassende Notfallversorgung zu ermöglichen?

Zu Frage 11: Die Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern gemäß § 136c Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) legen die Grundlagen für die Vertragspartner nach § 9 Absatz 1a Nummer 5 KHEntgG zur Verhandlung von Zu- und Abschlägen für die Teilnahme oder Nichtteilnahme an dem gestuften System von Notfallstrukturen fest. Die hiernach getroffenen Festlegungen betreffen ausschließlich Regelungen im entgeltrechtlichen Sinne. Die Festlegung obliegt den Vertragspartnern. Unbeschadet der Teilnahme oder Nichtteilnahme an dem gestuften System von Notfallstrukturen bleiben die allgemeinen Pflichten zur Hilfeleistung im Notfall unberührt. Im Landkreis Ostprignitz-Ruppin befindet sich die Ruppiner Kliniken GmbH und die KMG Kliniken Mitte GmbH mit den Standorten in Wittstock und Kyritz. Die aufgeführten Krankenhäuser gewährleisten unabhängig von einer Stufenzuordnung nach den obigen Regelungen die bedarfsgerechte medizinische Notfallversorgung. Zudem gehört der Landkreis zum Versorgungsgebiet Prignitz-Oberhavel, so dass auch die an den Landkreis angrenzende Krankenhäuser in der Versorgungsplanung zu berücksichtigen sind.

Frage 12: Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung zur Stärkung der Ruppiner Kliniken als maximalversorgendem Schwerpunktversorger vor?

Zu Frage 12: Die Ruppiner Kliniken GmbH ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung. Die Stufe des maximalversorgenden Schwerpunktversorgers ist dem Krankenhausplan des Landes Brandenburg unbekannt. Die Landesregierung wird in der zweiten Jahreshälfte 2021 den 4. Krankenhausplan des Landes Brandenburg in Kraft setzen. Für die Erstellung des Krankenhausplans wird die Entwicklung jedes Krankenhauses umfassend geprüft und die Versorgungssituation des jeweiligen Einzugsgebietes berücksichtigt. Entsprechendes gilt auch für die Ruppiner Kliniken GmbH.

Frage 13: Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um der drohenden Verschlechterung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum entgegenzuwirken?

Zu Frage 13: Die Landesregierung entwickelt auf Grundlage der Überlegungen der jeweiligen Krankenhausträger alle Krankenhausstandorte gemessen an dem bestehenden und zukünftigen Versorgungsbedarf permanent weiter. Zudem fördert die Landesregierung Kooperationen der Krankenhäuser untereinander oder auch mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Dies betrifft insbesondere auch Krankenhäuser im ländlichen Raum, um einer möglichen Verschlechterung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum entgegenzuwirken.

Frage 14: Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Abwanderung von Patienten aus dem Land Brandenburg in umliegende Bundesländer, insbesondere Berlin, zu verringern?

Zu Frage 14: Patientinnen und Patienten gehen aus unterschiedlichen Gründen unabhängig von ihrem Wohnsitz im jeweils anderen Bundesland zur medizinischen Behandlung (freie Arztwahl). Dementsprechend werden zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg die Krankenhauspläne seit Neubildung des Landes Brandenburg in diesem Sinne abgestimmt. Zudem haben sich unterschiedliche länderübergreifende Kooperationen und andere Formen der Zusammenarbeit unter den Leistungserbringern entwickelt. Krankenhäuser in Brandenburg kooperieren auf viele unterschiedliche Arten mit Krankenhäusern in Berlin.

Die Gemeinsame Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg 2020 fokussiert sich auf die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg als Ganzes. So wurden nicht nur gemeinsame Planungsgrundsätze abgestimmt, sondern gemeinsame Versorgungsbereiche ausgewählt. Durch die Gemeinsame Krankenhausplanung wird eine flächendeckende wohnortnahe Versorgung sichergestellt und gleichzeitig eine Spezialversorgung in der Gesundheitsregion ermöglicht.